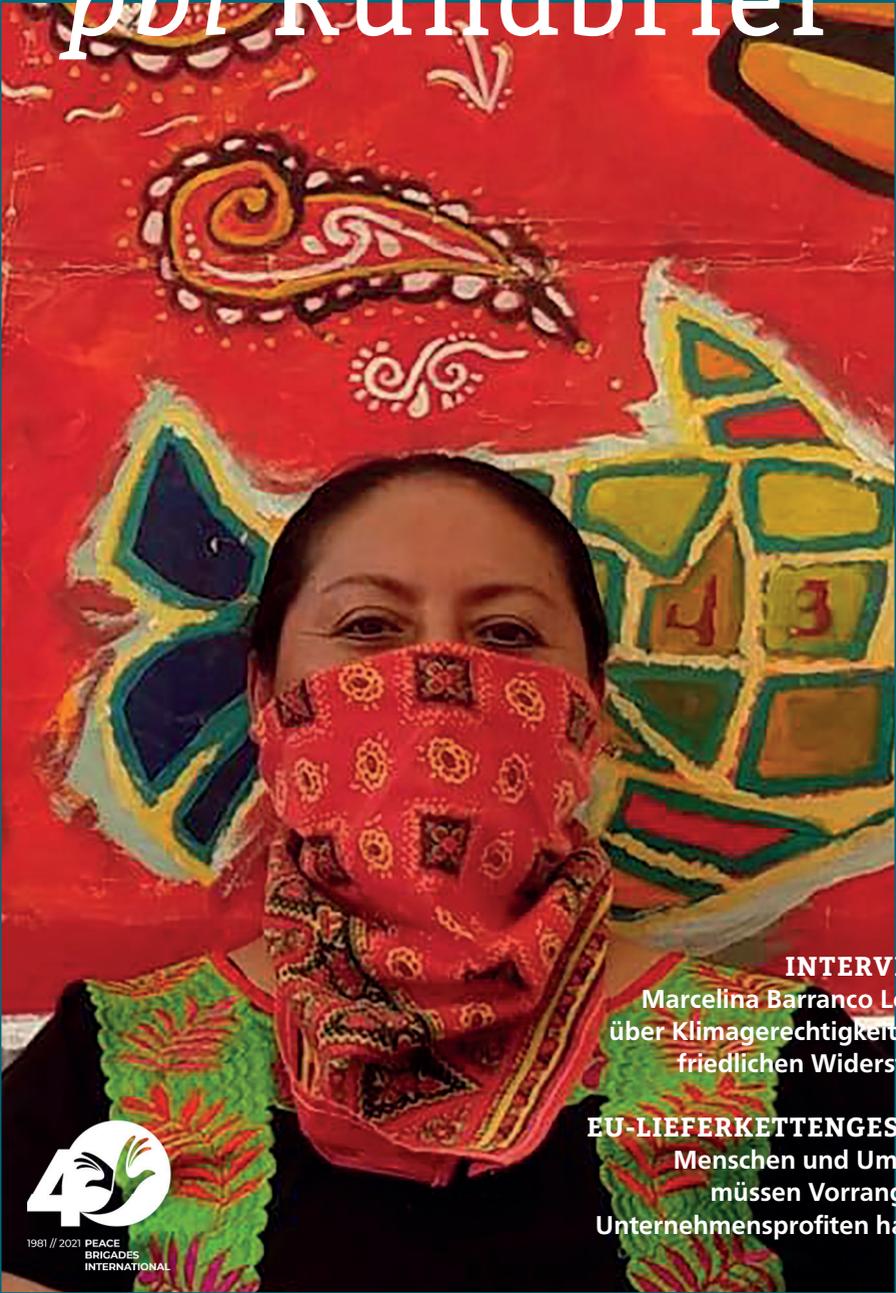


pbi Rundbrief



1981 // 2021
PEACE
BRIGADES
INTERNATIONAL

INTERVIEW

Marcelina Barranco López
über Klimagerechtigkeit und
friedlichen Widerstand

EU-LIEFERKETTENGESETZ

Menschen und Umwelt
müssen Vorrang vor
Unternehmensprofiten haben

LIEBE LESER:INNEN,

giftiges Abwasser, das die Brunnen und das Trinkwasser der Menschen verschmutzt; Wasserknappheit, die durch die industrielle Ausbeutung von Ressourcen entsteht; Repressionen, die den Menschen Schaden zufügen, die ihren Lebensraum verteidigen – die Liste der Schäden und Konflikte, die im Globalen Süden durch skrupellose Unternehmen aber auch Regierungen ausgelöst werden, ist lang.

Viel zu oft sind die Konflikttreiber multinationale Unternehmen mit Hauptsitz in Europa; doch bisher gibt es noch keine einheitlichen Regelungen, um dies zu verhindern. Noch sind es zivilgesellschaftliche Bewegungen aus dem Globalen Süden, die Widerstand leisten und gegen ihre Unterdrückung ankämpfen. Wie kann es eigentlich sein, dass nicht mehr Druck auf europäische Regierungen ausgeübt wird? Für unser Weltklima wäre es doch um einiges besser, solidarisch zu sein, denn am Ende sind wir alle voneinander abhängig. Jetzt muss Europa handeln! Wir dürfen Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverletzungen nicht ungehindert zulassen.

Das Wohlergehen der Menschen und der Schutz der Umwelt muss endlich Vorrang vor Profiten haben. Im Interview ab S.4 spricht die mexikanische Aktivistin Marcelina Barranco López über ihren Widerstand gegen multinationale Konzerne. Ab S.8 zeigen wir Ihnen, wie Aktivist:innen in Kenia ihrem gesellschaftskritischen Protest kreativ Ausdruck verleihen. Ab S.10 geht es um das geplante EU-Lieferkettengesetz und wie es Aktivist:innen zukünftig schützen könnte. Wir wünschen Ihnen eine inspirierende Lektüre.

Ihr Team von pbi Deutschland

ACT.CHANGE.ESCAPE THE ROOM: EIN LERNSPIEL FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE WELT

In unserem neuen Lernspiel begeben sich Jugendliche und Erwachsene im Ermittlungsteam auf eine Mission, um die verdeckten Wege des Elektroschrotts aus dem Globalen Norden aufzudecken.

Gemeinsam suchen die Teilnehmenden nach eindeutigen Hinweisen, um die dahinterliegenden ungerechten Strukturen sichtbar zu machen. Genügend Beweise sollen gesammelt und dem Gericht vorgelegt werden, um so für Klimagerechtigkeit zu sorgen. Bei Interesse an diesem Lernspiel und unseren Workshops informieren Sie sich gerne auf unserer Webseite.

Haben Sie Interesse an einer Mitarbeit im pbi-Bildungsprojekt?

Wir erarbeiten kontinuierlich neue Formate zu drängenden Themen unserer Zeit: Nachhaltigkeit, Umweltschutz, Klimagerechtigkeit und Menschenrechte.

Bei uns können Sie Bildungsreferent:in für Globales Lernen werden und Workshops für das pbi-Bildungsprojekt durchführen.

Oder wollen Sie Puppenspieler:in werden? Nähere Informationen finden Sie auf unserer Webseite unter:

pbideutschland.de/bildungsangebote

IHRE MEINUNG IST UNS WICHTIG: MACHEN SIE MIT BEI UNSERER LESER:INNENUMFRAGE

Wie in vielen anderen Redaktionen fragen auch wir uns, wie unser Rundbrief bei Ihnen, den Leser:innen, ankommt.

Wie sehr interessieren Sie sich für den Rundbrief und seine Inhalte? Was ist ihre Meinung zum neuen Layout? Welche Artikel interessieren Sie besonders?

Das sind einige der Fragen, die wir uns stellen und deren Antworten uns interessieren.

Darum bitten wir Sie, die nebenstehende Umfrage für uns auszufüllen. Vielen Dank für Ihre Rückmeldung und Unterstützung.

Ihre Meinung zum Rundbrief ist uns wichtig!



Scannen Sie diesen QR-Code mit Ihrem Smartphone und gelangen Sie direkt zur Umfrage. Oder gehen Sie auf www.pbideutschland.de/umfrage



MUTTER ERDE BRAUCHT UNSERE SOLIDARITÄT

Seit über 12 Jahren engagiert sich Marcelina Barranco López für die Verteidigung des Lebens und kämpft gegen große Bauprojekte, die ohne Zustimmung der lokalen Bevölkerung gebaut werden sollen. Sie ist Mitglied der Widerstandsbewegung zur Verteidigung von Land und Wasser (FPDTA-MPT) in drei Bundesstaaten in Zentralmexiko. *Mit anderen Aktivist:innen wehrt sich Marcelina seit 2012 gegen den Bau des staatlichen Investitionsprojekts PIM. Trotz der Repressionen durch Regierung und Unternehmen ist ihr Widerstand bis heute ungebrochen. Gemeinsam mit den betroffenen Gemeinden kämpft Marcelina weiter – gegen die Verschmutzung der Umwelt und die Missachtung der Menschenrechte.*

Woher kommt Ihre Motivation sich bei einer Widerstandsbewegung zu engagieren?

Ich will den Ort verteidigen, an dem meine Kinder leben und an dem meine Enkelkinder geboren werden. Dabei motiviert mich die Verteidigung von Mutter Erde, dem Wasser und meiner Gemeinde. Ich habe viel über den Schutz des Lebens gelernt und darüber, wie wir gemeinsam Druck ausüben können, um die Zerstörung unseres Lebensraumes zu stoppen.

Was wollen Sie erreichen?

Unser Feind ist das kapitalistische System. So groß wie unser Feind müssen auch unsere Anstrengungen sein. Gemeinsam protestieren wir gegen die Megaprojekte, die uns unseren Lebensraum streitig machen, gegen die Verschmutzung, die Krankheiten und Konflikte. Wenn wir durchhalten,

können wir vieles erreichen, wie im Falle der Gaspipeline, die das Projekt Integral Morelos (PIM) in meiner Gemeinde noch immer nicht fertigstellen konnte. Und das wird auch so bleiben, denn wir werden weiterkämpfen.

Welchen Einfluss haben solche Megaprojekte auf Ihren Alltag?

Sie haben bereits viel Schaden angerichtet. Das größte Risiko des

PIM geht von der Gaspipeline aus, die die Evakuierungsrouten des aktiven Vulkans Popocatepetl teilweise versperren. Auch ein Sinkloch, entstanden durch die Entnahme von Grundwasser, erhöht die Wahrscheinlichkeit eines tödlichen Unfalls mit der Gasleitung enorm. Wir leben also immer in Alarmbereitschaft.

Die Industrie verseucht auch unsere Wasserversorgung. Giftige Abwässer sind bereits in die Brunnen einiger Häuser eingedrungen. Früher hatten wir alle genug Wasser, aber seit der Ankunft der Unternehmen ist es knapp. Einige Kleinbäuerinnen und -bauern mussten deshalb die Arbeit auf ihren Feldern einstellen. Viele Menschen sind an Krebs und Leukämie erkrankt; hatten Fehlgeburten, Missbildungen und Nierenversagen zu beklagen oder sind bereits gestorben. Kurz gesagt, wir erleben eine Katastrophe, die von den profitgierigen Unternehmen verursacht wurde. Wenn wir uns nicht organisieren, werden sie das Land unbewohnbar hinterlassen.

Was hat der Mord an dem Aktivist Samir Flores bei Ihnen ausgelöst?

Es herrschte große Wut. Samir war ein Hindernis für die Regierung, die ihre ehrgeizigen Projekte durchsetzen wollte. Er hat uns immer durch seinen Mut und seine Würde inspiriert. Mit seinem Tod im Februar 2019 mussten wir stärker werden, denn Repressionen, Drohungen und Verfolgung nahmen zu. Die Regierung hat sich mit seiner Ermordung selbst als repressiv

„So groß wie unser Feind sind auch unsere Anstrengungen.“

und rassistisch entlarvt. Doch wir fordern Gerechtigkeit für ihn und setzen den Kampf fort, den wir gemeinsam begonnen haben und lassen uns nicht durch korrupte Politiker:innen einschüchtern.

Was fordern Sie von der internationalen Gemeinschaft?

Wir müssen sichtbar werden. Hier in Mexiko konnten wir durch den Nationalen Indigenen Kongress viele

„Unsere Forderung: Stoppen Sie alle Megaprojekte, die unser Land zerstören!“

Aktivist:innen vereinen. Doch wir würden uns gerne mit mehr Menschen aus anderen Ländern vernetzen und gemeinsam Forderungen entwickeln: Kapitalistische Regierungen und Unternehmen müssen uns Menschen leben lassen und die Enteignungen unseres Lebensraums stoppen. Wir sollten uns einander annähern, damit unser Kampf effektiver ist und niemand mehr verschwindet, verhaftet oder ermordet wird. Wir wünschen uns Solidarität – wenn sie einen von uns angreifen, werden wir alle reagieren.

Welche Forderungen haben Sie an die mexikanische Regierung?

Stoppen Sie alle Megaprojekte, die unser Land zerstören! Das sind Projekte wie das PIM oder die fälschlicherweise nach den Maya benannte, über 1.500 km lange, touristische Zugstrek-

ke oder die Wiederherstellung der Eisenbahnlinie, die Häfen in Nord- und Südmexiko verbindet. Die Regierung soll auch die Militarisierung unseres Landes stoppen. Sie soll aufhören die Bevölkerung zu unterdrücken. Sie bedrohen und schikanieren uns, damit wir aufhören, uns zu organisieren. Wir indigenen Gemeinschaften wissen, was für unsere Gebiete gut ist, doch die Regierung lässt uns unsere Autonomie nicht ausüben.

Welchen Einfluss hat die Klimakrise auf Ihren Aktivismus?

Wir sehen, dass die Gletscher der Vulkane schmelzen, es weniger Wasser gibt, die Regenfälle nicht mehr so stark sind wie früher und es immer heißer wird. Uns gehen die Ressourcen aus. Das, was wir noch haben, wird von multinationalen Konzernen zerstört. Überall ereignen sich Katastrophen, und wir wissen, dass sie nicht von der Natur, sondern von den Unternehmen und Regierungen verursacht werden. Daher weiß ich, dass wir uns global organisieren und uns mit all denen treffen müssen, die ebenfalls kämpfen, um stärker zu sein.

Wie hängen Aktivismus und Klimagerechtigkeit zusammen?

Wenn wir ein Megaprojekt wie das PIM hier in unserer Gemeinde stoppen, tragen wir dazu bei, dass die Umweltverschmutzung nicht zunimmt. Das ist es, was wir tun müssen, um das Leben aller zu verteidigen. Das PIM ist ein Projekt, das



„Weder das Land noch die Frauen sind Gebiete der Eroberung“, Protest am internationalen Frauentag

Marcelina Barranco López (unten rechts) engagiert sich schon lange für die Verteidigung des Lebens



Wie erreichen wir globale Klimagerechtigkeit?

Das kapitalistische System muss enden. Seine Strukturen wirken sich negativ auf unsere Gemeinschaften und die Umwelt aus. Wir können keine Gerechtigkeit erlangen, wenn wir so weitermachen.

Die Menschen haben noch einen langen Weg vor sich. Aber wir glauben, dass wir gemeinsam eine gerechtere

alles verschmutzt: Die Luft, das Wasser und den Boden. Sogar der Lärm des thermoelektrischen Kraftwerks belastet die Umwelt. Wenn wir das Projekt stoppen, können wir irreversible Schäden vermeiden. Wenn wir dies überall auf der Welt tun würden, könnten wir dafür sorgen, dass es Klimagerechtigkeit gibt. Darunter verstehe ich, dass nicht noch mehr Menschen unter den Folgen der Machtgier und der Dummheit einiger weniger leiden müssen.

Die Welt wird zerstört, und wir tun unser Bestes, um das bisschen Umwelt, das uns geblieben ist, zu schützen und zu pflegen.

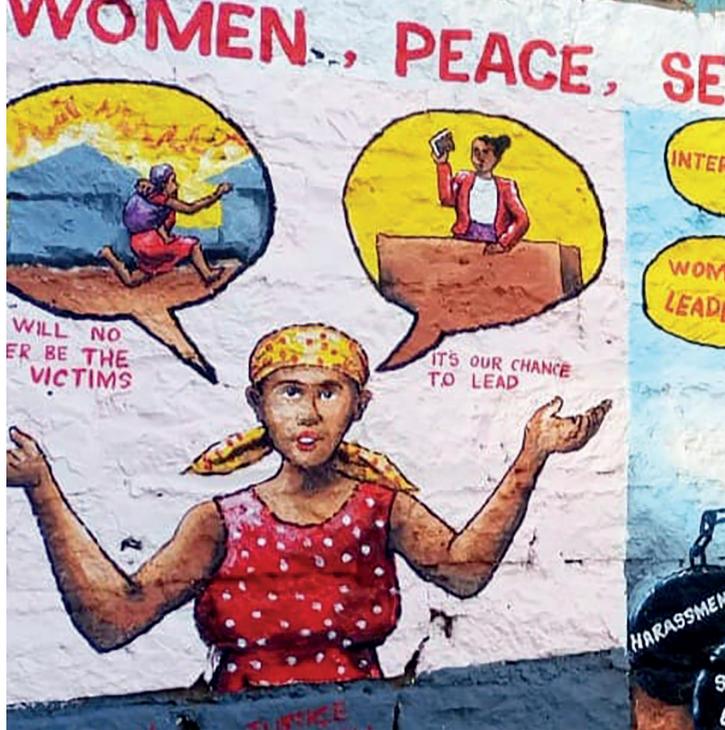
Welt schaffen können, in der künftige Generationen wirklich eine Zukunft haben, in der es keine vertriebenen und von Krankheiten bedrohten Völker gibt. Ich glaube, wir müssen den Menschen bewusstmachen, dass wir unseren Lebensraum pflegen und verteidigen müssen. Denn wenn wir das nicht tun, ist unser Schicksal das Ende der Menschheit.

Ich werde den Rest meines Lebens dem Widerstand widmen und meine Kinder lehren, aufmerksam zu sein, sich zu engagieren und zu kämpfen. Denn es wird auch an ihnen liegen, das Gebiet zu verteidigen, in dem ihre Kinder aufwachsen werden.

„Artivism“ als Protestform gibt es in ganz Kenia. pbi hat Wandbemalungen in einkommensschwachen Stadtvierteln Nairobi bis gefördert, an deren Gestaltung mehr als 1.500 Menschen beteiligt waren.

**Artivism =
Art + Activism**

Aktivistische Künstler:innen in Kenia wollen mit unterschiedlichsten Ausdrucksformen wie Poesie, Fotografie, Video bildende Kunst und Theater das allgemeine Bewusstsein schärfen, gesellschaftskritische Diskurse anregen und Druck auf die Politik aufbauen. Auch in Nairobi nutzen sie ihre Kreativität, um im öffentlichen Raum auf soziale Missstände und Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen.

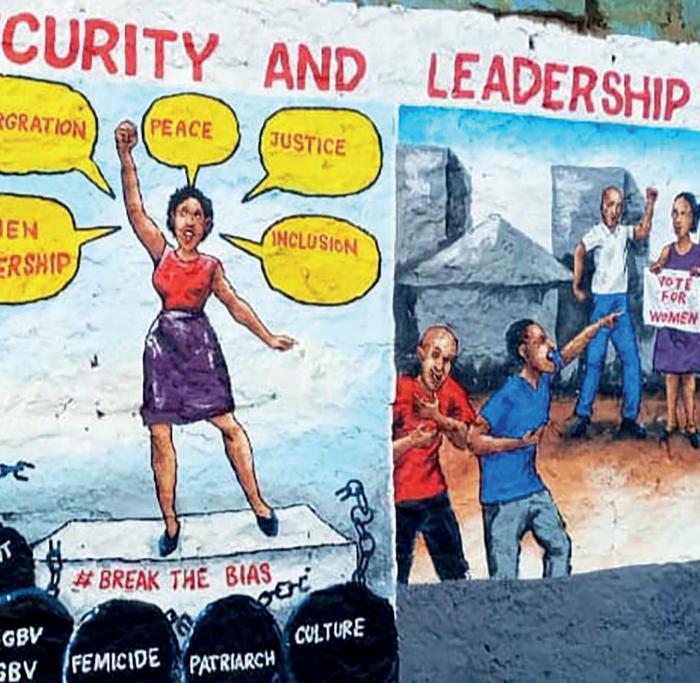


ARTIVISM – KREATIVE FORM DES AKTIVISMUS

DREAMS OF FREEDOM

This pain must come to an end, an end that I see,
These fears must turn to courage, courage that I feel,
We the people must unite again, unity that is real,
These laws must be one for human rights, rights that we mean,
Decades of true struggles must come to pass,
Decades of true organizing must come to be,
Decades of true partnership that has come strong,
Decades of true direction for together we have shown path,
Decades of the long-awaited freedom is here, yes, I feel it,
Be the champion against violations,
Be by nature a rights defender!

Auszug aus „Dreams of Freedom“ – Javan the Poet macht mit Poesie auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam. Der Künstler und Aktivist bekam schon als Jugendlicher mit, wie junge Menschen in Nairobi durch Polizeigewalt ihr Leben verloren.



MURAL PAINTINGS

Wandmalerei im öffentlichen Raum ist ein wirksames Mittel, um die Wahrnehmung der Menschen zu sensibilisieren und hilfreiche Informationen zu verbreiten. So können beispielsweise Kontakte zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten an die Bevölkerung übermittelt werden. Besonders wichtig ist dies im Kampf gegen Polizeigewalt und geschlechtsspezifische Übergriffe.

SOCIAL JUSTICE CENTRES

Polizeigewalt, außergerichtliche Tötungen und geschlechtsspezifische Gewalt, wie auch weit verbreitete wirtschaftliche und soziale Ungleichheit sind drängende Probleme, die Aktivist:innen in Kenia auf die Straße bringen. In der Arbeitsgruppe für soziale Gerechtigkeit setzen sich Vertreter:innen aus über 40 Zentren aktiv für die Beseitigung dieser Missstände ein. Basis ihrer Arbeit ist das Schaffen von Räume, in denen die Gemeinschaften sich organisieren und zusammenarbeiten. Dort findet Austausch über die Menschenrechtsverletzungen statt, die sie erleiden, um diese zu dokumentieren und so Veränderungen erwirken zu können. Durch gemeinsame Kampagnen, Petitionen und Demonstrationen erreichen sie mehr Sichtbarkeit und Solidarität und erschließen Räume für zivilgesellschaftliche Anliegen.

Angetrieben durch den unermüdlichen Einsatz jugendlicher Aktivist:innen entstehen weitere Zentren – so bildet sich ein wirksames Netzwerk gegen Menschenrechtsverletzungen und soziale Ungleichheit.



WIE EIN GESETZ HELFEN SOLL, MENSCHEN UND UMWELT ZU SCHÜTZEN

Viel zu oft tragen europäische Unternehmen zu Ausbeutung und Umweltzerstörung in Ländern des Globalen Südens bei. Nun soll ein geplantes EU-Lieferkettengesetz eine längst überfällige Wende einleiten: Die Einhaltung der Umwelt- und Menschenrechte entlang der Lieferketten könnten dadurch abgesichert werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen weltweit fordern schon lange: Menschliches Wohlergehen muss Vorrang vor Unternehmensgewinnen haben. Doch noch ist ein nachhaltig wirksames Gesetz nicht endgültig beschlossen.

„Der Fluss Cahabón ist heilig, schon unsere Großeltern haben uns beigebracht, ihn zu respektieren,“ sagt Bernardo Caal Xól, der sich seit 2015 als Sprecher der Resistencia Pacífica, des Friedlichen Widerstands von Cahabón, für die am Fluss lebenden Gemeinden der Maya Q'eqchi' engagiert. Dort, im Zentrum von Guatemala siedeln sich immer mehr multinationale Unternehmen an. Flüsse werden für Staudammprojekte umgeleitet, sodass selbst in wasserreichen Gebieten, wie Alta Verapaz, das Trinkwasser knapp wird. Am Fluss Cahabón sind aktuell sieben Wasserkraftwerke im Bau oder bereits in Betrieb genommen und bilden damit Teile des größten Wasserkraftprojekts Mittelamerikas. Viele der Unternehmen, die für den Bau solcher Projekte verantwortlich sind, haben

ihren Hauptsitz in Europa. Unter dem Deckmantel der Entwicklung werden oftmals Megaprojekte geplant, die vor allem der ansässigen Bevölkerung Schaden zufügen: Sie ist betroffen von Wasserknappheit, Krankheiten, Repressionen und Konflikten.

Friedlicher Widerstand

Die Maya Q'eqchi' lassen sich dies jedoch nicht gefallen. Trotz aller Gefahren leisten viele Menschen Widerstand und kämpfen friedlich für den Schutz der Umwelt und den Erhalt der biologischen Vielfalt. Aufgrund seines Engagements wurde Bernardo zur Zielscheibe von Repressalien. Im Jahr 2018 wurde der Lehrer und Gewerkschafter des schweren Diebstahls und der Freiheitsberaubung beschuldigt und zu ei-

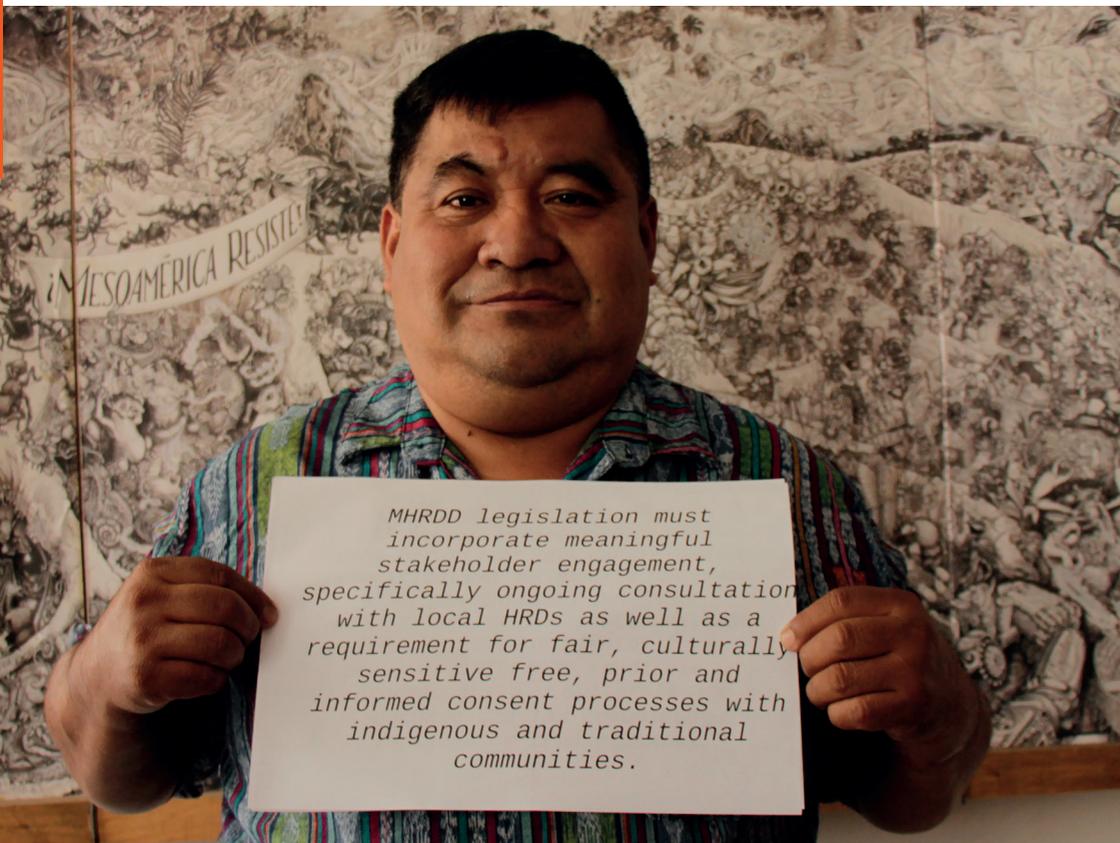


ner mehr als siebenjährigen Haftstrafe verurteilt. Dem Vorwurf fehlte jedoch jegliche juristische Grundlage. Sowohl nationale, als auch internationale Organisationen, darunter die UN, sehen darin einen klaren Fall von Kriminalisierung.

Kriminalisierung als Teil des globalen Systems

Bernardo ist kein Einzelfall. Viele Menschen und lokale Organisationen, die pbi begleitet, werden kriminalisiert, weil sie Transparenz wollen, ihr Recht auf Anhörung einfordern und den Zugang zu sauberem Wasser verteidigen.

Hier geht es um eine systematische Kriminalisierung von Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger:innen. Diese soll indigene und kleinbäuerliche Gemeinschaften an der legitimen Ausübung ihrer Rechte und der Verteidigung ihrer Gebiete gegen die sogenannten Entwicklungsprojekte hindern. Ihr Widerstand richtet sich sowohl gegen mächtige multinationale Unternehmen als auch gegen Regierungsinteressen. Im Gegenzug sind sie einer Vielzahl von Attacken ausgesetzt. Darunter Stigmatisierung, Überwachung, Drohungen, körperliche Angriffe, geschlechtsspezifische Gewalt und eben Kriminalisierung.



Laut *Global Witness* wurden in 2019 über 200 Aktivist:innen ermordet – das sind etwa vier Mordopfer pro Woche. Ein Großteil von ihnen wehrte sich gegen Investitionsprojekte im Bereich der

„Menschen und Umwelt müssen über Profite gestellt werden.“

Rohstoffgewinnung und Agrarindustrie. Die ständige Gefahr Opfer von Gewalttaten zu werden, die drohenden Repressalien und die Zerstörung des Lebensraums haben extreme Auswirkungen auf die Betroffenen. Sie durchleben existenzielle Ängste und werden darüber hinaus meist von der Regierung allein gelassen.

Europa muss jetzt handeln

So wie in Guatemala, begehen europäische Unternehmen auch in anderen Ländern in der Region Menschenrechtsverletzungen. Ob Zulieferer oder multinationale Konzerne, die Unternehmen profitieren durch die Nutzung globaler Lieferketten. Das extreme Machtgefälle zwischen den Unternehmen und der Bevölkerung führt dazu, dass Unternehmen oft nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

Einige wenige zeigen sich bereits verantwortungsvoll, bei den Anderen reichen freiwillige Maßnahmen allein nicht aus. Ein verbindlicher rechtlicher Rahmen würde es Unternehmen erschweren, ihre zerstörerischen Geschäftspraktiken anzuwenden.

Was zivilgesellschaftliche Organisationen wie pbi weltweit schon lange fordern, könnte nun Wirklichkeit werden: Ein neues EU-Gesetz zu globalen Lieferketten soll ab 2023 menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für europäische Unternehmen auch im nicht-europäischen Ausland festlegen. Sie wären dann für die Achtung der Menschenrechte im Zusammenhang mit ihren Produktionsverfahren und Arbeitsbedingungen entlang der gesamten Lieferkette verantwortlich.

Effektives Lieferkettengesetz

Noch sind die genauen Inhalte des Gesetzes nicht klar. pbi hat daher einige Forderungen in einem Briefing an die EU formuliert. Unter anderem muss das geplante Gesetz sicherstellen, dass Unternehmen und ihre privaten Dienstleister repressive Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger:innen weder ausüben noch tolerieren.

Außerdem sollen die laut ILO Konvention 196 zugesicherten Konsultationsprozesse verbindlich vor Baubeginn eingeleitet werden. Das bedeutet, dass die betroffene Bevölkerung in den gesamten Prozess involviert werden und dem Bauprojekt zustimmen muss. Entscheidungen jeglicher Art sind zu respektieren.

Das Gesetz muss Betroffenen darüber hinaus ermöglichen, Unternehmen im Falle von Missachtung zur Rechenschaft zu ziehen. Dafür muss der Zugang zur Justiz und zu Rechtsmitteln garantiert sein.



Die Folgen der hydroelektrischen Kraftwerke am Fluss Cahabón in Guatemala sind schwerwiegend. Da für ihren Bau Flüsse umgeleitet wurden, mangelt es in den eigentlich wasserreichen Gebieten von Alta Verapaz an Trinkwasser. Das verbliebene Wasser ist häufig verschmutzt und macht die Menschen krank.



Die Maya Q'eqchi' wurden nie nach ihrer Zustimmung zu den Projekten auf ihrem Gebiet befragt, was eindeutig ihre indigenen Rechte verletzt.

Damit das EU-Lieferkettengesetz nachhaltig positive Auswirkungen auf die Menschen hat, muss es auch alle Banken und den Finanzsektor umfassen. Denn häufig werden solche Bauprojekte erst durch die finanzielle Unterstützung internationaler Banken wie der Weltbank oder durch Investmentfonds ermöglicht.

Hoffnung für die Zukunft

„Sie dachten wohl, wenn sie den Sprecher der Bewegung einsperren, werden sie uns zum Schweigen bringen. Doch das haben sie nicht erreicht,“ sagte Bernardo kurz nach seiner Inhaftierung im Jahr 2018. Mittlerweile wurde er nach mehr als vier Jahren unrechtmäßiger Haft – wegen guter Führung

– aus dem Gefängnis entlassen. Seine Unschuld wurde jedoch bis heute nicht anerkannt. So bleibt Bernardo dem gleichen Justizsystem unterworfen, das ihn zuvor kriminalisiert hat.

Um in Zukunft ähnliche Fälle zu verhindern, muss das Lieferkettengesetz die europäischen Unternehmen und Finanzinstitutionen verpflichten, jegliche Schäden in ihrem Einflussbereich zu verhindern. Genauso wie die Kriminalisierung von Menschenrechtsaktivist:innen.

Nur wenn das geplante Gesetz alle Forderungen beachtet, können Menschen wie Bernardo effektiv geschützt werden. Die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards müssen endgültig über wirtschaftliche Profite gestellt werden.

Setzen Sie ein Zeichen für *Klimagerechtigkeit!*

Spenden Sie Ihre Energiepauschale.

Gegen Ende des Jahres erhalten viele Menschen eine Energiepauschale. Setzen Sie gemeinsam mit uns ein Zeichen der Solidarität und spenden Sie Ihre Pauschale zugunsten unserer Menschenrechtsarbeit.

Aktivist:innen kämpfen weltweit für Klimagerechtigkeit, Umweltschutz und Frieden. Doch die Stimmen derjenigen, die von den Auswirkungen der Klimakrise besonders betroffen sind, werden zu selten gehört. Auch wenn die Gegebenheiten nicht vergleichbar sind, haben der Globale Norden und Süden eines gemeinsam: Sie sind – auch im Einsatz für das Klima – voneinander abhängig.

Mit Ihrer Spende menschen.rechte.schützen.
pbideutschland.de/spenden

Oder direkt Dauerauftrag einrichten:
pbi – Deutscher Zweig e.V.
IBAN: DE14 4306 0967 2020 4060 00
BIC: GENODEM1GLS



*Hinweis: Ihre Spende an pbi ist steuerlich absetzbar.
Eine Spendenbescheinigung senden wir Ihnen automatisch Anfang des Folgejahres zu.
Bei Fragen wenden Sie sich gerne an unsere Ansprechpartnerin im Spendenservice:
Rabea Ganz | Rabea.Ganz@pbi-deutschland.de*

Vielen Dank für Ihr Vertrauen!
Ihr Team von pbi Deutschland



1981 // 2021 **PEACE
BRIGADES
INTERNATIONAL**

ÜBER PBI

peace brigades international (pbi) ist eine von den Vereinten Nationen anerkannte Menschenrechtsorganisation und seit 1981 in Krisengebieten tätig.

pbi arbeitet unabhängig von wirtschaftlichen Interessen und hat keine bestimmte politische oder religiöse Ausrichtung. Auf ausdrückliche Anfrage lokaler Gruppen, die von politisch motivierter Gewalt bedroht sind, organisiert pbi eine schützende Präsenz mithilfe internationaler Freiwilligenteams. Auf diese Weise bleiben Handlungsräume für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung erhalten. Hierbei sind beide, Beschützte und Begleitende, durch ein weltweites Alarmnetzwerk mit Kontakten zur Politik, Diplomatie und Zivilgesellschaft abgesichert.

Spendenkonto

GLS Bank
IBAN: DE14 4306 0967 2020 4060 00
BIC: GENODEM1GLS

Spenden an pbi sind steuerlich absetzbar

IMPRESSUM

peace brigades international –
Deutscher Zweig e.V.

ANSCHRIFT

Bahrenfelder Str. 101a, 22765 Hamburg
Tel. 040 / 3890437-0
info@pbi-deutschland.de

REDAKTION

Sarah Brandmeier, Alexander Weber,
Elisabeth Martínéz, Kristin Menzel
(V.i.S.d.P.)

BILDER:

pbi, Marcelina Barranco López

Mit freundlicher Unterstützung von



NEWSLETTER ABONNIEREN



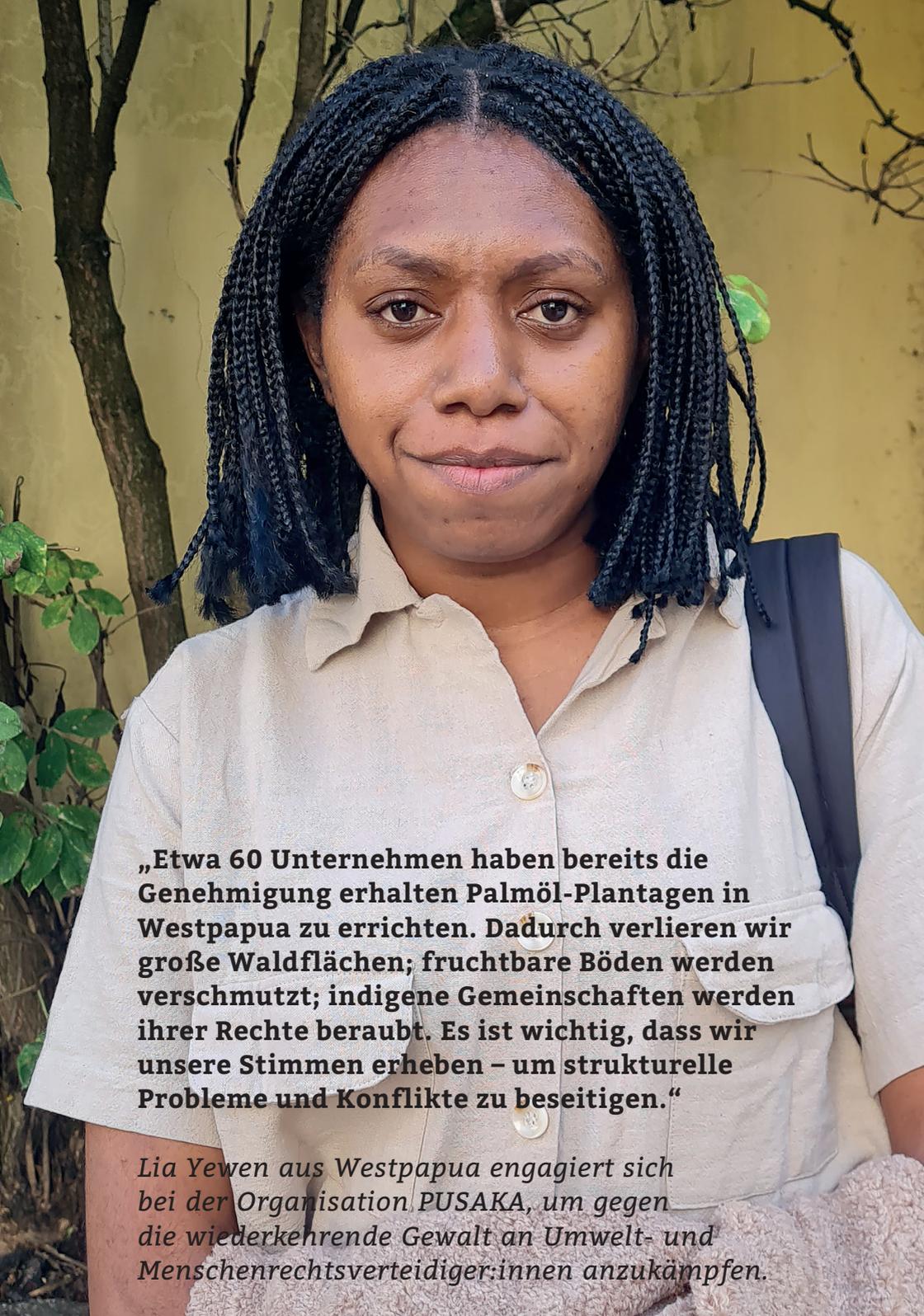
www.pbi-deutschland.de

Abonnieren Sie unseren Newsletter, um über unsere Projekte, Veranstaltungen und freie Stellen informiert zu werden. Sie können uns sehr gerne anrufen oder schreiben. pbi Deutschland ist auch in den Sozialen Medien aktiv:

PBI DEUTSCHLAND SOCIAL MEDIA



@pbiDeutschland



„Etwa 60 Unternehmen haben bereits die Genehmigung erhalten Palmöl-Plantagen in Westpapua zu errichten. Dadurch verlieren wir große Waldflächen; fruchtbare Böden werden verschmutzt; indigene Gemeinschaften werden ihrer Rechte beraubt. Es ist wichtig, dass wir unsere Stimmen erheben – um strukturelle Probleme und Konflikte zu beseitigen.“

Lia Yewen aus Westpapua engagiert sich bei der Organisation PUSAKA, um gegen die wiederkehrende Gewalt an Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger:innen anzukämpfen.